

Anmeldung

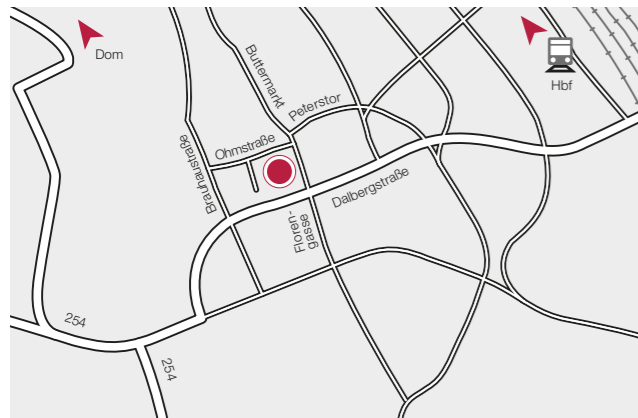
Das Anmeldeformular finden Sie online unter www.bpb.de/fortbildung-polizei

Bitte melden Sie sich spätestens bis zum **29. Juni 2018** an. Die Teilnehmer/-innenzahl ist begrenzt. **Die Teilnahme an allen drei Modulen und dem Nachtreffen ist verbindlich und nur mit Übernachtung möglich.** Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn Sie von der Veranstalterin eine Teilnahmezusage erhalten haben. Für die Tagung wird eine Teilnehmergebühr in Höhe von 100,- Euro erhoben (inklusive Übernachtung und Verpflegung). Reisekosten können nicht erstattet werden. Kosten für die Stornierung der Hotelunterbringung, die durch eine Absage bzw. Nichtanreise entstehen, müssen wir Ihnen leider in voller Höhe in Rechnung stellen. Die Rückerstattung der Teilnahmegebühr ist nicht möglich. Die Teilnahmegebühr wird jedoch auf die Kosten für die Stornierung der Hotelunterbringung angerechnet.

Der bpb ist die Inklusivität ihrer Veranstaltungen wichtig. Wir achten in den Vorträgen auf deutliche Darstellungen und Präsentationen. Bitte teilen Sie uns daher mit, falls im Rahmen der Veranstaltungsorganisation besondere Bedürfnisse, beispielsweise durch eine eingeschränkte Mobilität oder Behinderungen, zu berücksichtigen sind und ob Sie Unterstützung in Anspruch nehmen wollen. Ihre Angaben behandeln wir selbstverständlich vertraulich.

Die Teilnahme an allen drei Modulen und dem Nachtreffen ist verbindlich und nur mit Übernachtungen möglich. Die Module können nicht einzeln belegt werden. Wenn Sie die Teilnahme an einem der Module nicht einrichten können, bitten wir von einer Anmeldung abzusehen.

Anfahrt



Organisation

Termine

13.-15. September 2018
11.-13. Oktober 2018
15.-17. November 2018
jeweils Donnerstag 12.00 Uhr bis Samstag 13.30 Uhr
Nachtreffen: 8. Februar 2019

Veranstaltungsort

Altstadthotel Arte
Doll 2-4
36037 Fulda

Veranstalter

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Deutsche Hochschule der Polizei
Zum Roten Berge 18-24
48165 Münster

Projektstelle gegen Rechtsextremismus am Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad
Markgrafenstraße 34
95680 Bad Alexandersbad

Bundesverband Mobile Beratung e. V.
Bautzener Str. 45
01099 Dresden

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster

Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Hanne Wurzel
hanne.wurzel@bpb.bund.de
Tel. +49 (0)228 99515-0



Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog

Modulare Fortbildung

13.-15. September 2018, 11.-13. Oktober 2018,
15.-17. November 2018, 8. Februar 2019
Altstadthotel Arte Fulda



Editorial

Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog

Im November 2011 erschütterte die Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) die Bundesrepublik. Die Tatsache, dass die Mitglieder des NSU über zehn Jahre hinweg unbehelligt von den Sicherheitsbehörden morden konnten, hat der frühere bayerische Innenminister Günther Beckstein rückblickend als die „größte Niederlage des Rechtsstaates“ bezeichnet. Der mit der Aufarbeitung des NSU-Skandals befasste erste Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages sprach im August 2013 eine Reihe von Handlungsempfehlungen aus, um künftig eine größere Sensibilität für die Gefahren des Rechtsextremismus zu fördern. Das Gremium regte in diesem Zusammenhang an, den Dialog und den Austausch zwischen Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu verbessern. Die Modulare Fortbildung „Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog“ greift diesen Vorschlag des NSU-Untersuchungsausschusses auf.

Zielgruppe

Die Fortbildung richtet sich zum einen an zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure. Sie engagieren sich etwa in Bündnissen gegen Rechtsextremismus, nehmen an lokalen und regionalen „Runden Tischen“ für Demokratie teil, sind in Initiativen und Vereinen aktiv, die sich gegen Diskriminierung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen einsetzen.

Gleichermaßen richtet sich die Fortbildung an Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder in unterschiedlichen Verwendungen: Beamtinnen und Beamten des Wach- und Wechseldienstes, der Bereitschaftspolizeien sowie der Kriminalpolizei.

Konzept der Fortbildung

Polizei und Zivilgesellschaft – ein oftmals schwieriges Verhältnis

Diesen Dialog zu führen, scheint einfacher gesagt als getan: Denn obgleich die Polizeibehörden in Deutschland großes gesellschaftliches Ansehen genießen, entzünden sich an polizeilichen Maßnahmen immer wieder Diskussionen – nicht nur im Kontext der Aufarbeitung des NSU-Komplexes. Zu Kontroversen und häufig vollkommen gegensätzlichen Bewertungen kommt es beispielsweise im Zusammenhang mit neonazistischen Aufmärschen. Einerseits weist die Polizei bei diesen Gelegenheiten auf das aus ihrer Sicht rechtswidrige Verhalten von Engagierten hin, die etwa durch Sitzblockaden versuchen, angemeldete Versammlungen zu behindern und damit polizeiliches Einschreiten notwendig machen. Andererseits sehen sich eben jene Protestierenden durch die polizeilichen Maßnahmen in ungerechtfertigter Weise beeinträchtigt oder sogar kriminalisiert.

Die Sichtweisen, mit denen Polizistinnen und Polizisten sowie an demokratischen Protesten Beteiligte aufeinander blicken, sind häufig von Unkenntnis über die jeweiligen Motive und Handlungslogiken des Gegenübers, aber auch durch verfestigte Ressentiments gekennzeichnet. Gleichwohl wird jenseits dieser konfrontativen Konstellationen sowohl von Polizistinnen und Polizisten als auch von Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft immer wieder das Interesse artikuliert, mit der jeweils anderen Seite in einen Dialog zu treten. Dafür bietet die Modulare Fortbildung ein Forum.

Wissen erweitern – Perspektivwechsel ermöglichen – Netzwerke bilden

Im Rahmen der Modularen Fortbildung wird ein „geschützter Raum“ geschaffen, in dem sich Polizistinnen und Polizisten sowie Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft in insgesamt drei aufeinanderfolgenden zweieinhalb-tägigen Veranstaltungen und einem Nachtreffen in einem strukturierten und moderierten Rahmen „auf Augenhöhe“ austauschen können.

Die Modulare Fortbildung bietet dreierlei:

- den Rahmen, um miteinander ins Gespräch zu kommen,
- die Möglichkeit das eigene Wissen sowie die daran geknüpften Perspektiven zu erweitern
- mit dem Ziel, die eigenen Handlungskompetenzen und -möglichkeiten zu stärken.

Zudem wird mit der Reihe ein Dialogformat vermittelt und erprobt, das auch in lokalen und regionalen Kontexten angewendet werden kann. Die Konzeption der Modularen Fortbildung ist somit praxis- und lösungsorientiert.

Die Vielfalt zivilgesellschaftlicher Sichtweisen kennenlernen und Handlungskompetenz gewinnen – der Ertrag der Modularen Fortbildung für die Polizei

Die teilnehmenden Polizistinnen und Polizisten erhalten die Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Sichtweisen auf polizeiliches Handeln kennenzulernen und sich mit diesen Perspektiven auseinanderzusetzen. Dabei soll deutlich werden, dass die „Zivilgesellschaft“ nicht homogen ist, weder in ihren Zielen und Wahrnehmungen, noch in ihren auf die Polizei gerichteten Ansprüchen und Erwartungen. Dadurch erhalten Polizeibedienstete mehr Handlungsmöglichkeiten, um Konflikte zu entschärfen und Eskalation vorzubeugen.

1. Ein Lernziel besteht darin, die Vielfalt gesellschaftlichen Diskussionen und ihrer Akteurinnen und Akteure kennen zu lernen.
2. Wird vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Polarisierung eine Auseinandersetzung mit von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren immer wieder benannten Probleme angeregt. Was ist etwa gemeint, wenn von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ die Rede ist? Warum setzen sich zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure häufig mit „Rassismus in der Mitte der Gesellschaft“ auseinander? Kenntnisse zu den Hintergründen dieser Beschreibungen tragen zu einer Versachlichung der oft emotional aufgeladenen Debatten über diskriminierende Handlungen und Maßnahmen bei.
3. Setzen sich die Teilnehmenden mit der historischen und aktuellen Bedeutung gesellschaftlichen Protests und der Rolle der Polizei hierbei auseinander. Einerseits ist Polizei zu versammlungsfreundlichem Handeln verpflichtet. Andererseits soll sie jedoch gegen „Störerinnen“ und „Störer“ vorgehen. Was als „Störung“ zu betrachten ist wird unterschiedlich bewertet. Konflikte entzünden sich häufig an Aktionsformen des „Zivilen Ungehorsams“, die auch die bewusste gewaltfreie Überschreitung (rechtlicher) Regeln enthalten können. Die Teilnehmenden lernen die Vielfalt von Protestmotiven und -formen kennen und erhalten so einen differenzierten Blick auf das Demonstrationsgeschehen in Deutschland.
4. Werden die Module die Teilnehmenden aus dem Bereich der Polizei dazu anregen, die eigene Rolle im Kontext unterschiedlicher Ansprüche zu reflektieren: Einerseits sehen sich Polizistinnen und Polizisten zu politischer „Neutralität“ verpflichtet, andererseits werden sie mit Erwartungen konfrontiert, die eine klare Positionierung, beispielsweise gegen Rassismus und Diskriminierung verlangen. So wird scheinbar die geforderte „Neutralität“ in Frage gestellt. Und eine neue Frage taucht auf: Sollen, dürfen und können Polizistinnen und Polizisten „politisch“ sein?

„Die Polizei“ und ihr Handeln kennenlernen und nachvollziehen können – der Ertrag der Modularen Fortbildung für die Zivilgesellschaft

Die Teilnehmenden aus dem Bereich der Zivilgesellschaft erhalten durch die Seminarmodule die Gelegenheit, Polizistinnen und Polizisten außerhalb des Einsatzgeschehens kennenzulernen.

1. Ein Lernziel besteht darin, die Vielfalt in der scheinbar so homogenen Institution „Polizei“ wahrzunehmen und mehr über Grundlagen von Polizeihandeln zu erfahren. Der Informationszugewinn bezieht sich dabei auf:
 - strukturelle Aspekte wie Tätigkeitsbereiche und Aufgaben einzelner polizeilicher Dienststellen, soziologische Aspekte wie Polizei- und Polizistenkulturen und
 - persönliche Gesichtspunkte, wie sie beispielsweise in unterschiedlichen Haltungen und Einstellungsmustern zum Ausdruck kommen.
2. Setzen sich die Teilnehmenden mit rechtsstaatlichen Grundlagen, gesellschaftlichen Erwartungen und politischen Kontextbedingungen polizeilichen Handelns auseinander, die Beamtinnen und Beamte in Dilemmata führen können. So müssen sie beispielsweise durch ihren Einsatz bei Kundgebungen von extremen Rechten die Grundrechte derjenigen schützen, die die Grundrechte abschaffen wollen.
3. Grundlegende Fragen, ob und zu welchen Anlässen die Begriffe „Legitimität“ und „Legalität“ oder „Moral“ und „Recht“ miteinander in Konflikt geraten können, werden diskutiert. Durch das Angebot eines Perspektivwechsels lernen Menschen aus der Zivilgesellschaft die handlungsleitenden Prinzipien für Polizistinnen und Polizisten kennen.
4. Erhalten die Teilnehmenden aus der Zivilgesellschaft durch die Erweiterung ihrer Kenntnisse und neue Perspektiven auf polizeiliches Handeln Argumentationshilfen für die Deeskalation von Konfliktsituationen im Demonstrationsgeschehen und im gesellschaftlichen Diskurs.

Termine und Ablauf

13.-15. September 2018

Modul 1

„Wir und die anderen – die anderen und wir“ – Zivilgesellschaft und Polizei

- Einführung in die Fortbildungsreihe und wechselseitiges Kennenlernen der Teilnehmer/innen
- Was ich über „die anderen“ gehört habe – Urteile und Vorurteile
- Was ist Polizei? Was ist Zivilgesellschaft? – Über wen sprechen wir.
- „Wir können auch anders!“ „Wir aber nicht!“ – Handlungsspielräume und Dilemmata im polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Handeln in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus

11.-13. Oktober 2018

Modul 2

Gesellschaftliche Konflikte – Polizeiliche und zivilgesellschaftliche Perspektiven

- „Alles extrem?“ Extremismus – Radikalismus – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Warum es so schwierig ist, die passenden Begriffe zu finden
- Stereotypen – Vorurteile – Diskriminierung: Worüber sprechen wir eigentlich?
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus: Ausprägungen und Erscheinungsformen
- Der NSU-Komplex – Thema für Polizei und Zivilgesellschaft
- „Was tun?!“ Handlungsmöglichkeiten und Präventionsstrategien in der Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rassismus in Polizei und Zivilgesellschaft

15.-17. November 2018

Modul 3

Gesellschaftlicher und politischer Protest im demokratischen System

- Eigene berufliche und persönliche Erfahrungen mit Protest
- Zur Bedeutung von Protest in Deutschland aus historischer und aktueller Perspektive
- Zwischen Lichterkette und „Schwarzem Block“ – Protestformen
- „Protest Policing“ – Polizeiliches Handeln bei Demonstrationen
- „Stell dir vor, es ist Nazidemo ...“ – Ein Planspiel

8. Februar 2019

Nachtreffen